

# Bafög-Reform: Studium darf nicht am Geld scheitern

Dorothee Bär, Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, hat jüngst mit ihrer Einschätzung für Aufsehen gesorgt, wonach es „kein Drama“ sei, wenn Studierende neben dem Studium jobben. Seit Wochen diskutieren namhafte Politiker:innen darüber, ob sich die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarte „große Novelle“ beim BAföG leisten kann. Ich frage mich dagegen, wie lange die Regierung es sich leisten kann, die seit langem bekannten Probleme auszusitzen.

Die Geschichte des BAföG ist eine Geschichte des kontinuierlichen Niedergangs. Nimmt man die Entwicklung der letzten 15 Jahre in den Blick, zeigt sich ein deprimierender Abwärtstrend: 2009 erhielten knapp 17 % aller Studierenden BAföG, 15 Jahre später sind es nur noch 11,4 %. Und nein, die sinkende Förderquote lässt sich nicht auf die höhere Studierquote zurückführen. Von 2009 bis 2024 stieg die Zahl der Studierenden um 750.500 an, die Zahl der BAföG-Empfänger:innen dagegen sank im gleichen Zeitraum sogar in absoluten Zahlen um fast 34.000.

Hier wird eine Verschiebung deutlich und greifbar, ein heimlicher Systemwechsel: Die Politik überlässt die Studienfinanzierung zunehmend den Studierenden selbst. Nebenjobs der Studierenden werden zum Normalfall. Ob ein Studium möglich ist, hängt immer mehr vom Wohlwollen und der Finanzkraft der Eltern sowie von der Möglichkeit ab, einen Nebenjob wahrnehmen zu können. Die Politik empfindet entsprechend keinen großen Leidensdruck beim Thema BAföG, weil ungefähr zwei Drittel aller Studierenden nebenbei arbeiten. Durch diese aus der Not geborene Ausweichstrategie wird der Eindruck verfestigt, staatliche Studienförderung sei gar nicht so entscheidend. Aber das ist ein Fehlschluss.

Wenn im öffentlichen Nahverkehr eine an sich bedeutsame Verbindung durch unpassende Taktung und unattraktive Angebotsgestaltung am Bedarf vorbei gestaltet wird, setzen die potenziellen Nutzer:innen gezwungenermaßen auf den Individualverkehr. Es wäre allerdings völlig unzutreffend, aus der mangelnden Nutzung des ÖPNV den Schluss zu ziehen, ein entsprechendes Angebot sei gar nicht so entscheidend. Im Gegenteil muss eine bedarfsgerechte Ausgestaltung des ÖPNV die naheliegende Antwort sein. Mangelnde Nutzung hat Gründe. Das gilt auch für das BAföG. Wenn das BAföG derzeit 88,6 % der Studierenden nicht erreicht, sagt das wenig über den Bedarf und viel über die Attraktivität und Passgenauigkeit des Angebots aus.

Ich finde es erstaunlich, dass studentische Proteste derzeit weitgehend ausbleiben. Studierende haben sich offenkundig damit abgefunden, dass vom Staat wenig zu erwarten ist. Dabei zahlen sie einen hohen Preis dafür. Studierende mit Nebenjob können sich nicht voll und ganz auf das Studium konzentrieren, weil die Studienorganisation eben nicht immer entsprechend flexibel gestaltbar ist. Es droht eine Verlängerung der Studienzeiten. Studienanfänger:innen treffen ihre Studienortentscheidung vielfach auch nicht mehr danach, wo ihr Wunschstudiengang besonders gut ist, sondern nach Ortsnähe, um weiter zu Hause wohnen zu können – dort ist der

**Ulrich Müller**

Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter politische Analysen am Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh.

Kühlschrank voll und das WLAN stabil. Nicht zuletzt sind Finanzprobleme bekanntermaßen ein wesentlicher Grund für Studienabbruch.

Manche Studiengänge sind zudem sehr zeit- und lernintensiv und erlauben Nebenjobs kaum. Nicht jeder kann studienbegleitend arbeiten. Es droht eine „vererbte Fachwahl“: Studieninteressierte ohne reiche Eltern wählen dann nicht mehr Jura und Medizin, sondern eine Second-Best-Lösung, weil sie nicht wissen, ob und wie sie das Studium sonst finanzieren können.

Was ich bedenklich finde: Die aktuell diskutierte und überfällige Erhöhung von Wohnkostenpauschale und Bedarfsätzen beim BAföG wäre eigentlich nur der Anfang. Ja, die entsprechenden Bemessungsgrenzen müssen regelmäßig angepasst werden. Aber es wären viel weitreichendere Reformen nötig, um das BAföG in die Gegenwart zu holen. Das BAföG steckt nämlich auch in einer konzeptionellen Krise. Es bietet mit einer traditionellen Normvorstellung eines Studierenden und eines Studiums Antworten von gestern auf die Fragen von heute. Die (Hochschul-)Welt hat sich weiterentwickelt, das BAföG dagegen ist stehengeblieben. Der Ansatz des BAföG hat mit der Realität immer weniger zu tun; die Vielfältigkeit heutiger Studienformen ist dem BAföG fremd. Hier steht ein größerer, grundlegender Reformschritt noch aus.

Daneben gibt es weitere Problemfelder beim BAföG: Fehlende Transparenz hält Studierende davon ab, BAföG in Anspruch zu nehmen, wie im vergangenen Jahr das Max-Planck-Institut für Gemeinschaftsgüter (heißt seit Anfang 2026 Max-Planck-Institut für Verhaltensökonomik) und das Fraunhofer FIT nachwiesen. Und das Thema Digitalisierung des BAföG ist auch noch nicht hinreichend gelöst.

Das BAföG befindet sich insgesamt in einer tiefen Krise – und damit auch diejenigen, die darauf angewiesen sind. Die staatliche Studienfinanzierung muss dringend reflektiert und neu konzipiert werden. Wir brauchen einen großen BAföG-Relaunch. Damit das BAföG zeitgemäß wird, muss es unterschiedliche Eventualitäten, Lebenslagen, Bildungsbiografien und Studienmodelle berücksichtigen und sich strikt an der Lebensrealität orientieren. Ein neues BAföG muss etwa Orientierungssemester, ein Studium in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, Zertifikatstudiengänge und weiterbildende Masterstudiengänge fördern sowie Studienbeiträge an privaten Hochschulen vorfinanzieren.

Das BAföG muss seinem ursprünglichen Ziel wieder gerecht werden: Menschen Chancen eröffnen und Bildungsentscheidungen unabhängiger von den Vorstellungen und Möglichkeiten der Eltern werden zu lassen. Eine übergreifende Bundesstudienförderung mit einem optionalen Darlehensbestandteil (statt separatem KfW-Studienkredit und Bildungskredit; etwa für Auslandsaufenthalte, Studiengebühren oder einen neuen Laptop) würde ein klares Signal senden: Ein Studium scheitert nicht am Geld.

Wenn die Bundesregierung sich schon bei vergleichsweise kleinen Reformschritten so schwer tut, macht das für den großen BAföG-Relaunch wenig Hoffnung. Traurig, aber wahr: Die Maßnahme, von der Studierende in den vergangenen Jahren am meisten profitiert haben, kam nicht aus dem Bildungs-, sondern aus dem Arbeitsministerium: Die Erhöhung des Mindestlohns. Wo sind auf Ebene der Bundespolitik die Politiker:innen, die beim Thema Studienfinanzierung als „Treiber“ aktiv werden? Dorothee Bär könnte zur Legende werden, könnte auf Jahrzehnte Spuren hinterlassen, wenn sie eine umfassende BAföG-Reform in Angriff nähme.

John F. Kennedy wird der Satz zugeschrieben, nur eine Sache sei teurer als eine Investition in Bildung: keine Investition in Bildung. Dem ist nichts hinzuzufügen.